

COURAGE

DAS ANDERE FRAUENMAGAZIN

überparteilich ~ demokratisch ~ finanziell unabhängig ~ international

ZEITSCHRIFT DES
FRAUENVERBANDS
COURAGE e. V.

Ausgabe 2/2025

1,50 Euro

fvcourage.de

Neue Regierung Neue Herausforderung



**Die kämpferische
Frauenbewegung stärken!**



Courage-Frauen aus Wuppertal beim Frauenpolitischen Ratschlag in Kassel



Frauenverband Courage

überparteilich, demokratisch,
finanziell unabhängig, international

Der Frauenverband Courage e.V. wurde 1991 gegründet. In 38 Städten in Deutschland organisieren sich Frauen unterschiedlicher Nationalität und Weltanschauung, jeden Alters und aus allen sozialen Schichten.

Courage fördert den Zusammenschluss der Frauen zur Wahrung ihrer Interessen, insbesondere für ihre gesellschaftliche Anerkennung und engagiert sich für die Befreiung der Frau.

Wirkliche Überparteilichkeit. Courage ist kein Anhängsel irgendeiner Partei, konfessionell unabhängig, weltanschaulich offen und arbeitet auf antifaschistischer Grundlage.

Breite Demokratie. Die Mitgliedsfrauen entscheiden. Die gewählten Vorstände legen regelmäßig Rechenschaft ab.

Finanzielle Unabhängigkeit. Courage finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Einnahmen aus eigenen Aktivitäten.

Internationale Solidarität. Courage arbeitet an internationaler Frauenvernetzung von Basis zu Basis und entwickelt praktische Solidarität.

Wer wir sind. Was wir wollen.

Die Aktivitäten beruhen auf vier Säulen.

Kämpferische Interessenvertretung. Courage setzt sich ein in allen Fragen, die Frauen wichtig sind. Jede Frau ist herzlich willkommen. Wir bestärken uns gegenseitig, gemeinsam unsere eigenen Interessen zu vertreten.

In dem Ziel einer lebenswerten Zukunft fühlen wir uns der internationalen Arbeiterbewegung und anderen gesellschaftlichen Bewegungen eng verbunden.

Bildung. Wir informieren uns durch Vorträge, Seminare, Berichte oder Foren und lernen, uns gemeinsam Klarheit in gesellschaftlichen und anderen Fragen zu verschaffen.

Hilfe und Beratung. Wir helfen und beraten uns bei allen Fragen in Familie, Partnerschaft, Beruf, Schule, Kindererziehung, bei gesundheitlichen Angelegenheiten und Problemen mit Behörden.

Kultur. Wir feiern und erholen uns zusammen, machen Ausflüge, gestalten Freizeit, Kultur und internationale Feste.



Inhalt

Aktuelles / Internationales

- Couragierte Stärke gegen Rechtsentwicklung → 04
- Leserinnen schreiben → 05
- Zwischen Wüstenstaub und Hoffnung → 26
- Frauenpower geht um die Welt → 27

Kurz und Heftig

- Superreiche bauen Bunker → 06
- Gewalthilfegesetz, erst 2032 Rechtsanspruch → 07

Schwerpunktthema

- Einschneidende soziale Kürzungen** → **08**
- Protest: Vom Hörsaal auf die Straße → 11
- Angriffe von VW auf die Belegschaft → 12
- Umweltzerstörung - kein Kavaliersdelikt → 13
- Krankenhaus"reform" verschlechtert Lage → 15
- Was Faschismus bedeuten kann → 16
- Kriegstüchtig werden? Nicht mit uns!** → **17**

Courage

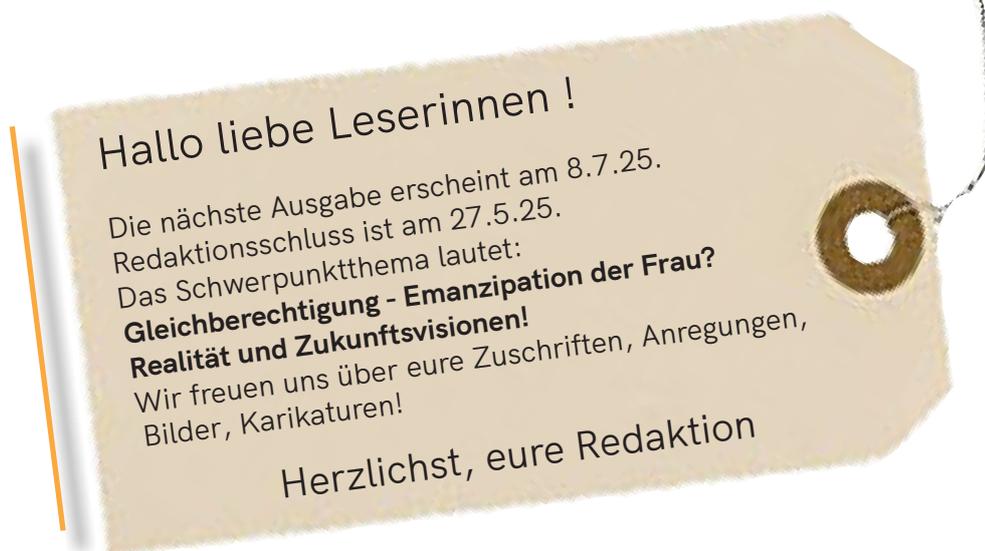
- 1. Mai von größter Bedeutung für Frauen → 20
- Gegen frauenfeindliche Politik der AfD → 21
- Alle Nationalitäten in einen Frauenverband** → **22**

Aktuelles

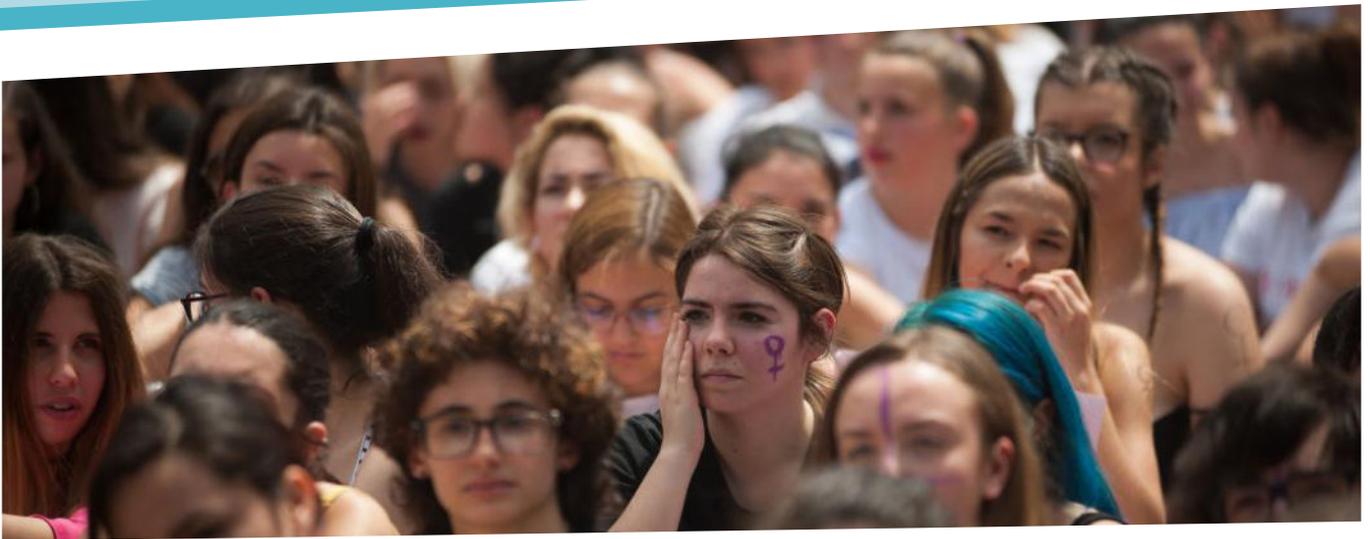
- Gemeinsam gegen Hetze auf Migrantinnen → 24
- Hass und Hetze? Nicht mit Courage-Frauen! → 25

Kultur

- Glosse: Frauenministerin werden → 28
- Lebensweisheiten → 29
- Transparent-Tipp → 30
- Kontakt und Adressen → 31
- Gehe nicht zurück, wenn, dann nur... → 32



Setzen wir der weltweiten Rechtsentwicklung couragierte Stärke entgegen!



Deutschland erlebte einen heißen Wahlkampf, der Plan von Merz, die Stimmen der AfD abzufangen, ging nicht auf: Hunderttausende gingen lautstark gegen den Dammbbruch auf die Straße. Nicht zu unterschätzen ist das Ergebnis der AfD.

Welche Themen muss die kämpferische Frauenbewegung setzen? Das Vorhaben, am §218 einschneidende Veränderungen anzubringen, ist an FDP und CDU/CSU gescheitert.

Der „Volkswille“ gibt ein anderes Bild ab: 80% sind für Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch. Courage wird den §218 nach mehr als 150 Jahren weiter im Visier haben – er muss weg!

Die Kriegsgefahr verschärft sich – die Friedensbewegung weltweit muss gestärkt werden!

Seit Trump in den USA sich Länder und Gebiete nach dem Willen seines Chefberaters Elon Musk einverleiben will, einen Deal nach dem anderen zugunsten der USA anstrebt, ist die Welt näher dran an einem 3. Weltkrieg als je zuvor. Die Frauen der

Welt wollen nicht im 3. Weltkrieg untergehen – sie wollen eine lebenswerte Zukunft!

Die Zusammenhänge zwischen dem Abbau sozialer Errungenschaften in Deutschland zugunsten eines total aufgeblähten Rüstungshaushalts sind in der Massendiskussion. Migrant/innen verantwortlich zu machen für Krisen aller Art lenkt nur ab!

Unsere Solidarität gehört den Streikenden bei ver.di, Aktivistinnen gegen Stellenabbau in der Auto- und Stahlindustrie und im Kampf um jeden KiTa- oder Frauenhausplatz.

Und die Umweltkatastrophe? Kein wesentliches Thema im Wahlkampf – aber für uns! Im Bündnis mit der Arbeiter-, Jugend- und Umweltbewegung muss dieses Überlebens-Thema gesetzt werden – überall wo wir aktiv sind!

Dazu betonen wir unsere Bildungsarbeit, setzen uns gründlich auseinander, wie wir uns gegen den weltweiten Imperialismus in Richtung Faschismus organisieren. Das wird Hauptthema sein auf dem 2. theoretischen Seminar vom 27.-30.11.2025 in Kathmandu.

Bundsvorstand Courage

Regina aus Wuppertal schickte folgende Information:

Ein Meilenstein für Betroffene

„Bei einer Fehlgeburt haben Frauen künftig ein Recht auf Mutterschutz – schon ab der 13. Schwangerschaftswoche. Das neue Gesetz, das am 1. Juni 2025 in Kraft tritt, legt einen zweiwöchigen Mutterschutz fest. Ab der 17. Woche sind es bis zu sechs Wochen. Etwa jede dritte Frau erlebt eine Fehlgeburt.“
(tina 2,2025)

Petition für Kita-Reform

Neulich habe ich die Petition „Kita-Reform jetzt! Den Kita-Notstand endlich beenden!“ unterschrieben. Könnt ihr das in der Courage-Zeitung bringen? Die Situation könnte ja angesichts der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in nächster Zeit sogar eher noch schlechter werden. Und hier wehren sich Eltern! Hier der Link: <https://chng.it/dFkfXpMjsk>
Liebe Grüße, Adelheid

Wir sind die Elterninitiative „Eltern werden laut“

(gestartet in NRW) und wir kämpfen für eine bundesweite Kita-Reform (17.12.24).

„Wir fordern Frau Anja Stahmann, Staatssekretärin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Koalitionspartner auf, nach der Bundestagswahl den Kita-Notstand auszurufen und eine Kita-Reform im Koalitionsvertrag zu verankern. Die Betreuungssituation ist untragbar geworden für Eltern, Kinder und Erzieher*innen. Kinder sind die Zukunft und wir Eltern wollen und müssen arbeiten!

Beinahe täglich bangen wir Eltern am Morgen und checken unsere Handys nach dem Aufstehen aus Angst, dass wir durch Notbetreuung oder Personalmangel unsere Kinder nicht in die Kita bringen können.

Für viele Familien ist das ein permanenter Kampf geworden, der uns nicht nur finanziell, sondern auch psychisch zunehmend belastet. Und natürlich leiden auch die Kinder.

Und die Erzieher*innen? Die arbeiten seit Jahren am Limit, verlassen erschöpft ihren Beruf – und der Fachkräftemangel wird immer schlimmer.

Wir brauchen endlich eine echte Reform!“

Bundeswehrfördergesetz

„2024 ist in Bayern das „Bundeswehrfördergesetz“ in Kraft getreten: Damit werden Schulen, Hochschulen, Unis und Forschungseinrichtungen angehalten, teils verpflichtet, enger mit der Bundeswehr zu kooperieren, mit dem Ziel, „ungehinderten Zugang der Bundeswehr zu Forschung und Entwicklung an den Hochschulen sicherzustellen“ und „ihren Zutritt zu Schulen zu erleichtern“. Eine Beschränkung der Forschung auf rein zivile Nutzung ist nun gesetzlich verboten.

Sämtliche Forschungsprojekte und -ergebnisse sollen auch für militärische Zwecke genutzt werden können. Schulen sollen enger mit „Jugendoffizieren“ zusammenarbeiten. Angesichts solcher Militarisierung ist es angezeigt, sich organisiert zu widersetzen.

Die GEW hat mit der DFG-VK (Dt. Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnern:innen) eine Popularklage vor dem bayerischen Verfassungsgerichtshof initiiert, mit der das Militärfördergesetz zu Fall gebracht werden soll, (weil) dieses Gesetz unverhältnismäßig in Wissenschafts-, Lehr- und Forschungsfreiheit sowie in die Hochschul-Autonomie eingreift.“

Mit-Kläger Rolf Gössner, 12.2.25

Superreiche bauen Bunker

Atomexplosionen, soziale Unruhen oder unaufhaltsame Viren: Mit diesen Szenarien beschäftigen sich Superreiche und bauen Bunker. Auch Mark Zuckerberg, Chef des Facebook-Konzerns Meta. Er plant ein Luxusanwesen mit Bunker auf der hawaiianischen Insel Kauai: Darin können sich zahlreiche Menschen schützen:

30 Schlaf- und Badezimmer sind ange-dacht. Doch auch der Spaß soll nicht zu kurz kommen: Pool und Whirlpool befinden sich im Garten, Fitnessstudio, Sauna, Tennisplatz.

Nach einem Bericht von CNN ist die Nachfrage nach luxuriösen Schutzräumen gestiegen. Zu den Bunkerbauern gehört auch der in Deutschland geborene Peter Thiel. Der PayPal-Mitgründer und Trump-Vertraute kaufte 2015 ein 200 Hektar großes Grundstück im neuseeländischen Wanaka. Sein Bunker sollte für 30 Gäste und Angestellte Platz bieten. Doch der Traum platzte:

Er bekam von Behörden keine Genehmigung. Microsoftgründer Bill Gates hat einen Bunker nahe seinem Anwesen in Medina, im US-Bundesstaat Washington. (t-online.de 15.12.24)

Abschiebe-Tickets der AfD

Die Wahlkampf-Aktion der AfD Karlsruhe sorgt für Wirbel. In Karlsruhe sollen Menschen mit Migrationshintergrund Flugtickets mit der Aufschrift „Abschiebetickets“ im Briefkasten gefunden haben.

Diese Flyer sind auf der Internetseite der AfD Karlsruhe zu finden und waren offenbar auf dem Bundesparteitag in Riesa in Sachsen bei regionalen Parteimitgliedern aufgetaucht. Der Karlsruher AfD-Bundes-tagsabgeordnete Marc Bernhard bestätigte

die Verteilaktion. Es seien 20.000-30.000 Flyer gedruckt worden.

Vom Co-Vorsitzenden des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg, Frohnmairer, heißt es, dass er „die kreativen Aktionen der Kreisverbände unterstütze“.

Es sei ein wichtiges Anliegen, dass die fast eine Million Syrer in Deutschland nach dem Fall des Assad-Regimes rückgeführt würden.

(tagesschau.de 16.1.25)

Niedrige Rente für Frauen

Im Jahr 2023 lag die durchschnittlich ausgezahlte Altersrente einer Frau in Deutschland bei etwa 890 Euro im Monat.

Männer erhielten mit im Schnitt 1.309 Euro je Monat eine deutlich höhere Rente.

Abgebildet werden die im Bundesgebiet ausgezahlten monatlichen (Alters-) Rentenbeträge der gesetzlichen Rentenversicherung.

Frauen bekommen ca. 30 Prozent weniger Rente als Männer!
(Statista 1.10.24)

Gewalthilfegesetz verabschiedet

„Das Gewalthilfegesetz stellt sicher, dass gewaltbetroffene Frauen einen kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung haben. Die Bundesregierung will unter anderem mehr Frauenhausplätze und Beratungsangebote gewährleisten.“

Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt, insbesondere gegen Frauen, ist in Deutschland alltägliche Realität und zieht sich durch alle sozialen Schichten. 2023 wurden 360 Mädchen und Frauen durch ihren Partner getötet. Das bedeutet, dass in Deutschland 2023 fast jeden Tag ein Femizid stattfand.

Im Fokus des Gewalthilfegesetzes steht die Sicherstellung eines kostenfreien Zugangs zu Schutz- und Beratungseinrichtungen. Das Gesetz sichert diesen Zugang durch einen **individuellen Rechtsanspruch, der ab 2032** gelten soll. Um diesen Rechtsanspruch einlösen zu können, muss das Hilfesystem deutlich ausgebaut werden. An den Kosten wird sich der Bund mit 2,6 Milliarden Euro beteiligen.“
(www.bundesregierung.de 14.2.2025)

Mit Flirtkorbchen einkaufen?

In der WZ (23.1.25) ist zu lesen, dass am Eingang eines Ladens 'Fressnapf' in Wuppertal knallpinke Korbchen stehen, beschriftet mit 'Date gesucht' oder 'Flirtkorbchen'. Der Träger dieses Korbchens zeigt, dass er offen ist, jemanden kennenzulernen.

Die Filialeiterin erklärt: "Wir haben überlegt, wie wir den Markt attraktiver machen können. Ein Aufeinandertreffen von zwei Gleichgesinnten haben wir noch nicht beobachten können, trotzdem sorgen die Körbe regelmäßig für Lacher."

Der wahre Grund scheint wohl eher zu sein, den Verkauf ankurbeln zu wollen. Mit Flirtkorbchen mag die Laune der Kunden steigen, nicht aber ihr Geld im Portemonnaie.

KURZ
UND
HEFTIG



Einschneidende Angriffe auf soziale Errungenschaften!



„Wirtschaftsvertreter fordern einschneidende Reformen - höheres Renteneintrittsalter, Milliarden für die Bundeswehr, Milliarden für die Infrastruktur, eine Pflicht zur privaten Altersvorsorge.

Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger erklärte: 'Die Sozialbeiträge müssen runter.' Werdinger, einer der Wirtschaftsweisen, erstellte für den Arbeitgeberverband (BDA) einen Vorschlag, wo überall gekürzt und gestrichen werden kann: bei der gesetzlichen Rente, der Arbeitslosenversicherung, der Kranken- und Pflegeversicherung. Das gesetzliche Rentenalter von 67 Jahren weiter zu erhöhen und die sogenannte Rente mit 63 für langjährige Versicherte abzuschaffen" (t-online.de 5.3.25).

Die Liste der sozialen Angriffe wird täglich länger. Für Hochrüstung und Kriegsvorbereitung wollen sie 1 Billion Euro ausgeben. Und das sollen wir, die Bevölkerung, zahlen?

NEIN - das dürfen wir nicht zulassen!

Linda Weißgerber

So ganz nebenbei und wie selbstverständlich werden immer mehr drastische Angriffe auf unsere erkämpften sozialen Errungenschaften angekündigt.

„Nachdem Fuest, der Präsident des Ifo Instituts, eine Abschaffung des Elterngeldes gefordert hatte, regt sich Widerstand.

Fuest hatte sich mit Blick auf Einsparungen im Bundeshaushalt für die Streichung ausgesprochen. 'Es ist ein klassischer Fall von nice-to-have, aber nicht prioritär', sagte er. Viele Empfänger seien finanziell gut gestellt." (WZ 4.3.25)

Wer so etwas vorschlägt – zugunsten von Industrie-Subventionen und Militärausgaben – und von der Realität vieler Eltern abgehoben ist, sollte erst mal seine eigenen finanziellen Verhältnisse offen legen!

*Das ifo Institut wird dem wirtschaftspolitischen Spektrum zugeordnet und als „unternehmerfreundlich“ (Die Zeit 1984) bezeichnet - in CSU-Nähe (Handelsblatt 2013).



Umverteilung: Armut im Alter und von Allein- erziehenden!



Die Armut wächst rasant in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde - das wirtschaftlich drittstärkste Land weltweit.

Laut einer neuen Studie des Paritätischen Gesamtverbands kommen zu den bisher gezählten über 12 Millionen armen Menschen rund 5,4 Millionen dazu, die aufgrund sehr hohen Mieten in Armut gekommen sind (Frankfurter Rundschau online, 16.12.24).

Frauen sind besonders betroffen. Für allein lebende Frauen mit minderjährigen Kindern liegt das Armutsrisiko bei 45 %. Da kann man sich vorstellen wie dann die Rente aussieht. Ältere Menschen, die Pfandflaschen aus Abfallkörben sammeln, sieht man immer häufiger. Das ist eine Schande für diese Gesellschaft! Das kommt oft so rüber, als ob sich die Frauen das selbst eingebrockt haben mit ihren Lebensentscheidungen. Nein, das hat handfeste

gesellschaftliche Ursachen, wie fehlende Kitaplätze (ca. 430.000) und zu wenig Kita-Personal (ca. 125.000) oder horrende Eigenbeteiligungen für Pflegeeinrichtungen von ca. 3.000 Euro monatlich (ndr online). Die Sorgearbeit wird immer noch überwiegend den Frauen zugeschrieben.

Die neue Regierung wird mit ihrem reaktionären Kurs die Unsummen für die geplante Entlastung der Wirtschaft und die Kriegsvorbereitung rigoros auf uns abwälzen. Angekündigt ist das Streichen sozialer Leistungen, Lohnsenkungen, Preissteigerungen, Verschärfung beim Bürgergeld usw. Das trifft besonders Frauen, Alleinerziehende, Rentnerinnen - auch wegen ihres niedrigeren Lohnes.

Es reicht! Da ist organisierter Widerstand der Frauenbewegung zusammen mit der Arbeiter-, Jugend- und Umweltbewegung angesagt! Wir sind organisiert am stärksten, darum macht mit im Frauenverband Courage. Kämpfen wir gemeinsam für unsere Lebensinteressen!

Andrea aus Potsdam

KEIN GELD DA?

„Millionenvergütung trotz Gewinnrückgang: Die zehn Vorstände der Deutschen Bank kommen 2024 auf eine Vergütung von 68,1 Millionen Euro. Konzernchef Sewing gehört mit 9,75 Millionen

Euro zu den Spitzenverdienern im Deutschen Aktienindex...

Investitionen für Verteidigung und Sicherheit und für Infrastruktur - in Höhe von einer BILLION Euro. So etwas hat Deutschland noch nicht gesehen.“ (WZ 15.3.25)

Unsummen für die Vorbereitung

eines III. Weltkrieges? Mehr Geld und Ausbau der „Infrastruktur“ bedeutet, dass schwere Panzer über feste Straßen und stabile Brücken rollen können!

Die Pläne dafür liegen schon länger bereit und heißen:

„Operationsplan Deutschland“!



Armut bei Studierenden

Ein Drittel der Studierenden in Deutschland lebt in Armut: BAföG-Sätze sind zu niedrig, Unterkünfte zu teuer. Die psychische Belastung wächst.

Am 23. September 2024 entschied das Bundesverfassungsgericht über die Klage einer ehemaligen Studentin, die höheres BAföG gefordert hatte, weil ihr BAföG-Satz unter dem Existenzminimum lag. Doch das Bundesverfassungsgericht erteilte ihr eine Absage. Es besteht kein verfassungsrechtlicher Anspruch auf staatliche Finanzierung eines Studiums.

Für Emmi Kraft, Vorstandsmitglied von „freier zusammenschluss von student*innen-schaften“ heißt das, dass Studierende kein Anrecht auf Existenzminimum hätten. Etwa ein Drittel der Studierenden müssten mit weniger als 800 Euro im Monat auskommen. Dabei koste schon ein WG-Zimmer 489 Euro im Monat, in München sogar 790 Euro. Nur zwölf Prozent der Studierenden bekommen BAföG,

also staatliche Unterstützung. Die BAföG-Sätze müssten regelmäßig an Preise und Einkommen angepasst werden.

Derzeit muss die Hälfte des erhaltenen Geldes zurückgezahlt werden, das halbe erwiesenermaßen davon ab, ein Studium überhaupt zu beginnen. Gerade Menschen aus ärmeren Familien hätten Angst, bis zu 10.000 Euro Schulden anzuhäufen.

Auch ohne intakte Gebäude wird gute Lehre und Forschung immer schwieriger. Die deutschen Hochschulen sind marode.

Für knapp drei Millionen Studierende gibt es nur etwa 240.000 Wohnheimplätze. 90 Prozent der Studierenden müssen bei den Eltern wohnen.

Matthias Anbuhl vom Deutschen Studierendenwerk: „Der einzige wirkliche Rohstoff, den wir haben, sind die vielen hochqualifizierten Fachkräfte. Deswegen ist wichtig, in Bildung, Ausbildung, Hochschulen zu investieren. Studierende von heute sind die Ärztinnen, Lehrkräfte, IT-Experten, Ingenieure von morgen“ (tagesschau.de 19.1.25).



Vom Hörsaal raus auf die Straße:

„WOHNHEIMPLÄTZE
STATT KRIEGSEINSÄTZE!“



Foto: Brigitte Ziegler

In den letzten Wochen dominiert das Thema Migration die Medien und Talkshows, indes die eigentlichen Probleme der Menschen kaum debattiert wurden.

Für Studierende, 2,9 Millionen Menschen, ist das nicht ungewöhnlich, denn deren Probleme oder Forderungen finden ohnehin kaum Gehör. Rund 20% sind in der Bundesrepublik armutsgefährdet, ein Viertel davon Studierende, die ihre Wohnungsnot, die hohen Lebensmittelpreise oder Umweltkatastrophe in ihren Protesten zum Thema machen. Mit dem Einreißen der Brandmauer im Bundestag Anfang 2025 demonstrieren in vielen Städten Studierende gegen den Rechtsruck und darüber hinaus für die Sicherung der Hochschulfinanzierung, die Ende 2025 ausläuft. Die geplante Erhöhung der Hochschulmittel reicht nicht aus, Auswirkungen auf Forschung und Lehre sind abzusehen, denn „das einzige was steigt, sind die Rüstungsausgaben“ (wsws.org).

Mit Blick auf die aktuelle politische Lage an Hochschulen und Universitäten, die keine politikfreien Orte sind, fühlen sich Studierende seit dem 7. Oktober 2023 nicht mehr sicher und andere, die sich mit Palästina solidarisieren, werden als Gefahr betrachtet.

In vielen Teilen der Welt finden Proteste gegen rechte Regierungen und die Bildungspolitik statt, wie Ende vergangenes Jahr in Italien, wo auch gegen Waffenverkäufe an Israel demonstriert wurde oder aktuell in Serbien, wo Studierende führend für Demokratie und gegen Baupfusch kämpfen, der zum Tod von 15 Menschen unter einem Bahnhofsvordach geführt hat. In den Niederlanden trifft die geplante Begrenzung ausländischer Studierender auf Widerstand.

Mit dem Motto „Wir holen uns die Uni zurück“ und „Wir wollen Wohnheimplätze statt Kriegseinsätze“ (hessenschau.de) stehen die Proteste der Studierenden für den Kampf gegen Kürzungen, rechte Suppe und für eine lebenswerte Zukunft!

Selin, Courage-Frankfurt

Immer mehr Angriffe des VW-Konzerns



Im Moment ist die Stimmung bei VW sehr gereizt, sehr aufgeheizt.

Nach dem Tarifabschluss kommen immer neue „Hämmer“ ans Tageslicht, was die IGM-Führung abgeschlossen hat - und das ist noch nicht zu Ende.

Viele Kollegen und Kolleginnen sind am überlegen, aus der Gewerkschaft auszutreten, weil sie mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag nicht einverstanden sind. Das sollten sie nicht tun, da wir eine starke Gewerkschaft brauchen und darüber setzen wir uns mit den Kollegen auseinander, die austreten wollen.

Es geht jetzt sogar so weit, dass der Vorstand „Jagd“ auf Kranke macht. Wenn die Kollegen lange krank waren in den letzten Jahren, bekommen sie die Kündigung nach Hause geschickt. So will VW die Leute los werden, wofür man keine Worte findet. Es ist aber auch so, dass VW die Kollegen über die „Altersteilzeit“ los wird. Erst durfte man sich jahrelang abschuffen und dann, wenn man durch die Arbeit krank geworden ist, bekommt man den „Tritt in den Allerwertesten“. Jetzt sollen sogar schon Kolleg/innen aus Jahrgang „1969“ unterschreiben, dass sie früher in Rente gehen. Aber es gab auch Proteste.

VW-Kollegin aus Hannover

Arbeitspflicht für Asylbewerber und Bürgergeldempfänger?!

„Die Stadtvertretung Schwerin hat im Dezember 2024 die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur möglichen Einführung einer Arbeitsverpflichtung zu erarbeiten. Es wird in Zusammenarbeit mit Arbeitsagentur und Jobcenter ausgearbeitet“ (schwerin.de 7.1.25).

Dem ging voraus, dass „der Landrat Christian Herrgott des Saale-Orla-Kreises vor einem Jahr ein Tabu brach. Er führte in Eigenregie eine Arbeitspflicht für Asylbewerber ein. Dem folgten weitere Landkreise.

Anlass war ein Antrag der AfD, nach dem Vorbild einiger Landkreise auch in Schwerin die Arbeitspflicht für Asylbewerber zu ermöglichen.

Per Änderungsantrag stellte die CDU dann die Forderung auf, die Arbeitspflicht auf alle Bürgergeld-Empfänger auszuweiten“ (www.kommunal.de 6.1.25).



SCHON
GEWUSST ?

GRUNDGESETZ ARTIKEL 20

„DER STAAT SCHÜTZT IN VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKÜNFTIGEN GENERATIONEN DIE NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN.“

Warum gibt es dann so viele Giftstoffe in Lebensmitteln, Spielzeug oder Kleidung? Warum steigt dann die Kinderarmut drastisch an in diesem reichen Deutschland? Warum gibt es dann immer weniger bezahlbare Wohnungen und überteuerte Mieten? Warum wird fossile Energie gefördert und erneuerbare Energie vernachlässigt?

Und so weiter und so fort.

Hier werden nicht zukünftige Generationen geschützt, sondern Industrie-, Energiemonopole und Wohnungsgesellschaften, die ungestraft gegen das Grundgesetz verstoßen können!

Umweltzerstörung, kein Kavaliersdelikt!

Auch wenn das Thema Umwelt in Politik und Medien kaum mehr eine Rolle spielt: Inzwischen ist weltweit ein bedrohlicher Zustand eingetreten.

Die Realität zeigt es und wissenschaftliche Fakten beweisen es: eine Umweltkatastrophe im Weltmaßstab hat begonnen mit existenziellen Gefahren für die gesamte Menschheit. Deshalb sollen mutige Umweltschützer/innen weltweit mundtot gemacht werden, sie werden verfolgt, bedroht oder sogar ermordet.

Da kann die faschistische AfD noch soviel Lügen verbreiten und die Umweltgefahren leugnen. Auch die aktuelle Reise von Bundespräsident Steinmeier durch Lateinamerika dient einzig und allein den Industrie- und Energiekonzernen. **Sie** wollen Kupfer und Lithium aus Chile, beuten die Rohstoffe gnadenlos aus, um Höchstprofite zu machen. **Sie** zerstören sehenden Auges die Umwelt, holzen Sauerstoff spendende Regenwälder ab, um Soja als billiges Tierfutter anzubauen. **Sie** verpesten mit Kohlendioxid, Stickoxiden und Giftstoffen aus Müllverbrennung und Kohlekraftwerken die Luft zum Atmen, was zur lebensgefährlichen Erd- und Meereserwärmung führt. **Sie** sind die Hauptverursacher – und die Regierung dient ihren Profitinteressen!

Immer mehr lebensbedrohliche, unwiderrufliche Umweltschäden:

Erd- und Meereserwärmung bringen Klima und Meeresströme völlig aus dem Gleichgewicht. Extreme Hitze und Kälte führen zum Tod vieler Menschen. Gletscherschmelze, Dürre oder Überschwemmungen führen zu Hungerkatastrophen oder Trinkwassermangel. Stürme und Hochwasser haben auch in Deutschland das Zuhause vieler Menschen zerstört. Ganz zu schweigen von tausenden Schad- und Giftstoffen in Lebensmitteln und sogar Babynahrung, in Kleidung und täglichen Gebrauchsgütern.

Nein, es geht nicht nur um eine Klimakrise, wie Regierung und bürgerliche Parteien ständig verharmlosen. Es geht um das kapitalistische Gesellschaftssystem, das Wirtschafts- und Profitinteressen an die erste Stelle setzt und dafür ohne Skrupel die Zerstörung der Existenz von Mutter Erde und der gesamten Menschheit in Kauf nimmt!

Alarmstufe ist geboten! Wir Frauen und Mädchen müssen uns mehr um die Umweltfrage kümmern und vor allem die Hauptverursacher ins Visier nehmen – im Bündnis mit der Umwelt- und anderen Bewegungen.

Nehmen wir ihnen die Welt aus der Hand, eh sie verbrannt!

Linda Weißgerber



Kürzungen im sozialen Bereich PROTEST!

Courage-Frauen aktiv am 8. März 2025 in Magdeburg



32.000 Menschen protestierten schon im Nov. 2024 in Düsseldorf

Kita-Gebühren steigen

„Familien müssen mit steigenden Kita-Gebühren rechnen.

Dabei geht es um Erhöhungen von knapp zehn Prozent.

Die Kita-Finanzierung wird an die realen Kostensteigerungen angepasst.

Jede Stadt ist selbst für die Elternbeiträge verantwortlich.

Die Familien belastet auch, dass Einrichtungen ungeplant zumachen – etwa wegen krankheitsbedingter Personalausfälle.“

(WZ 5.2.25)

Kinderarmut wächst

„Etwa jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als armutsgefährdet. Eine große Mehrheit der Eltern wünscht sich mehr Aufmerksamkeit der Politik für das Thema Kinderarmut.

15 Prozent der Teilnehmer der Umfrage äußerten große Sorge, dass sie 2025 'aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie nicht oder nicht mehr ausreichend decken können'. 88 Prozent, dass es sich um ein 'drängendes Problem' handele.“

(WZ 5.2.25)

Frauenlöhne nicht existenzsichernd

„Jede zweite erwerbstätige Frau ist ohne Existenzsicherung und kann langfristig von ihrem Einkommen nicht über die Runden kommen. Betroffen sind laut Studie des Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) 53 Prozent der arbeitenden Frauen.

Sie sind für Lebensphasen, in denen sie nicht erwerbstätig sind, wie Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit oder Ruhestand, nicht abgesichert. Überdies können rund 70 Prozent der erwerbstätigen Frauen mit ihrem Einkommen nicht langfristig für sich und ein Kind sorgen.“

(WZ 13.2.25)



Krankenhaus“reform“ verschlechtert das Gesundheitswesen



Die elektronische Krankenakte soll eine effiziente Patientenversorgung ermöglichen und Doppeluntersuchungen vermeiden, Datenschützer haben allerdings schon Sicherheitsrisiken gefunden.

Sämtliche Kosten werden erhöht: Krankenkasse, Pflegeversicherung, Pflegeheim. Die Elektronische Krankschreibung ist neu. Rezepte und Wechselwirkungen mit anderen Mitteln sind dem behandelnden Arzt schneller sichtbar.

Die Fallpauschale ist abgeschafft. Wie sieht das wohl im Krankenhaus verhält? Wo das ganze Geld herkommen soll, um das zu fi-

nanzieren? Wo wir die Fachkräfte herbekommen, die in Deutschland fehlen?

Und die demographische Entwicklung scheint auch kein Thema. Es bleibt abzuwarten, wie sich das entwickelt.

Dagegen macht unser Courage-Programm klare Ansagen: „Wir kämpfen um unsere Lebensinteressen – für den Erhalt, die Wiederherstellung unserer Gesundheit bei gründlicher und kostenloser medizinischer Versorgung gegen die Tendenz, alle Gesundheitskosten den einzelnen Menschen aufzubürden.“

Krankenschwester aus Hannover



Foto: Brigitte Ziegler

WAS FASCHISMUS BEDEUTEN KANN...

US-Präsident Trump hatte bei einer Pressekonferenz an der Seite des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu verkündet, die USA würden den Gazastreifen „übernehmen“ und in eine wirtschaftlich florierende „Riviera des Nahen Ostens“ verwandeln.

Die rund zwei Millionen Menschen, die dort leben, müssten das Gebiet verlassen, sollen künftig in anderen arabischen Staaten unterkommen. Israels Nachbarn Ägypten und Jordanien lehnen eine Umsiedlung der Palästinenser aus dem Gazastreifen ab.

Trump hatte einen US-Militäreinsatz im Gazastreifen nicht ausgeschlossen und erklärte, man werde „tun, was notwendig ist“. Nach heftiger internationaler Kritik an den Plänen von Trump versucht der US-Sicherheitsberater Trumps Aussagen zur Umsiedlung von zwei Millionen Palästinensern zu entschärfen: „Die Tatsache, dass er einige sehr mutige, frische, neue Ideen auf den Tisch legt, sollte meiner Meinung nach in keiner Weise kritisiert werden“ (WZ 7.2.25).

Vertreibung oder Deportation von Millionen Menschen ist für Faschisten eben „sehr frisch und mutig“ und „in keiner Weise zu kritisieren“. Die Verwandtschaft zur faschistisch-völkischen „Remigration“ der AfD und anderen ist nicht zu leugnen!

...WAS COURAGE DAGEGEN TUN KANN!

Für Courage ist es eine wichtige Aufgabe, darüber intensiv aufzuklären und Frauen aller antifaschistischen Couleure über Parteigrenzen hinweg zusammenzuschließen.

Die „Erfurter Erklärung“ (siehe: fvcourage.de), der kleinste gemeinsame Nenner, ist eine wichtige Grundlage für die Bündnisarbeit gegen drohende faschistische Gefahren.

Das Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda auf Grundlage des Potsdamer Abkommens und Grundgesetz, Artikel 139, ist sofort möglich!

Unsere Perspektive ist eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur, in der die Befreiung der Frau Wirklichkeit wird. Unser Herz schlägt für eine wirklich lebenswerte Zukunft der nachfolgenden Generationen! Und dafür lohnt es sich, den Frauenverband Courage zu stärken – jede Frau ist wichtig!

Linda Weißgerber



Foto: Linda Weißgerber

„KRIEGSTÜCHTIG WERDEN“ – NICHT MIT UNS!

Bundes“verteidigungs“minister Pistorius verkündete im Oktober 2023: „Wir müssen kriegstüchtig werden, wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

Seither krasse Aufrüstung: 100-Milliarden-Sondervermögen und drastische Erhöhung des Militärhaushalts. Jetzt von fast allen Bundestagsparteien das Versprechen: 5 % vom Bruttoinlandsprodukt für Krieg und Rüstung! Die Bundeswehr hat 2024 einen umfassenden „Operationsplan Deutschland“ erarbeitet. Mit blumigen Worten von „Verteidigungsfähigkeit“ und Bedrohungsszenarios soll die Bevölkerung gewonnen werden, das Gesundheitswesen mit einem „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ kriegstüchtig werden, woran der ehemalige Gesundheitsminister Lauterbach seit einem Jahr arbeitet (Apotheke ADHOC, 17.1.0.24).

Auch Eingriffe in der Wirtschaft sind in Planung. Unternehmen sollen sich auf Krisenszenarien vorbereiten, wie die Anschaffung eigener Generatoren und Windräder,

um Stromausfälle zu kompensieren. Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, will auf „Planwirtschaft umstellen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Lebensmittelmarken ausgeben und Menschen zur Arbeit zwingen. Die Sportwissenschaft hat einen Knaller losgelassen. In der Zeitschrift „Sportunterricht“ schlug ein Professor vor, Sportunterricht in die „Erziehung zur Kriegstüchtigkeit in einem freiheitlichen Gemeinwesen“ einzubeziehen.

In der Diskussion um die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird die Karte der Gleichberechtigung gezogen: Jungen und Mädchen ab 18 Jahren werden alle erfasst, Mädchen konnten sich freiwillig zurückmelden. CDU-Vize Wadepuhl möchte beim Wehrdienst „zwischen Frauen und Männern keinen Unterschied machen“.

Holen wir ihre Pläne ans Tageslicht – und kämpfen gemeinsam dagegen! Diesen Kriegen keinen Groschen, keinen Mann und keine Frau, wir wollen Frieden, eine lebenswerte Zukunft und nicht im Inferno eines 3. Weltkrieges enden!

Bundesvorstand Courage

Die frauen- feindliche Sicht der AfD

am Beispiel des § 218



In Köln entstand die antifaschistische Kleinarbeit durch unsere Gespräche über die anstehenden Bundestagswahlen und die Sorge vor dem Faschismus und Rassismus. Sie fand mit Freundinnen und Menschen auf der Straße oder auch in der Straßenbahn und an Ständen statt.

Die Gespräche handelten von den anstehenden Einschränkungen demokratischer Rechte, dem § 218 und dem Umgang mit Grundrechten, dem Respekt vor Menschen gleich welcher Nationalität.

Viele Menschen waren offen für die Gespräche.

Es war spürbar, dass sie sich inhaltlich damit auseinandersetzen. Schwerer war es, sie durch die Gespräche für Courage zu gewinnen. Die Erfurter Erklärung ist inhaltlich eingeflossen in die spontanen Gespräche, leider hatten wir die Erklärung nicht als Ausdruck dabei.

Uns ist es wichtig, junge Frauen und ihre Lebensperspektiven anzusprechen, zum Beispiel die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und damit das Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

Ganz anders die AfD! In deren Wahlprogramm 2025 heißt es: „Wir lehnen alle Bestrebungen ab, Abtreibungen zu einem Menschenrecht zu erklären.“

Das bedeutet die Beibehaltung des § 218 im Strafgesetzbuch. Der Schwangerschaftsabbruch wird weiterhin als Straftat verurteilt.

Wir Courage Frauen stehen für die Selbstbestimmung der Frauen und die selbstständige Entscheidung, ein Kind zu bekommen oder nicht.

Frauen wissen selbst am besten, ob sie in der Zukunft ein menschenwürdiges Leben mit einem Kind führen können!

Courage-Köln

Weitere Infos in der Broschüre „§218 – raus aus dem Strafgesetzbuch!“ der Courage-Gruppe Wuppertal

Warum AfD-Verbot auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens?



In die Diskussion eines Verbots der AfD kommt nur sehr schleppend Bewegung.

Man fragt sich: Ist es der Wille, der den Weg versperrt? Hunderttausende gehen nach der eingerissenen Brandmauer durch Friedrich Merz und seine Unterstützer/innen in Parteien wie FDP, SPD, BSW gegen Faschismus auf die Straße. Sehr viele davon unterstützen ein Verbot der AfD.

Meistens wird in der Frage des Verbots nur der § 21 des Grundgesetzes angegeben, in dem steht:

„(4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“

Dieser Paragraph ist unscharf, es würde sehr lange dauern, bis die AfD (und andere faschistische Organisationen) verboten würden.

Unser Tipp: Zum sofortigen Vollzug geeignet ist der Artikel 139 Grundgesetz:

„Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“.

Artikel 139 wurde nach dem Hitler-Faschismus als grundsätzliche Lehre aufgenommen, die Alliierten machten entsprechend Druck.

Im Artikel 139 Grundgesetz enthalten ist z.B. das Verbot jeglicher Nazi-Propaganda.

Zu den durch Artikel 139 Grundgesetz geschützten Vorschriften zählt insbesondere das Verbot jeglicher Nazi-Organisationen.

Auch gilt immer noch das Potsdamer Abkommen vom August 1945, wo es heißt:

„Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen ist zu vernichten; (...) jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“
Worauf warten wir noch?

Brigitte Ziegler

Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät.

Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird.

Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten.

Die Lawine hält keiner mehr auf.

Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat.

Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben.

(Erich Kästner, 1958)

1. Mai



Ein Tag, der allergrößte Bedeutung erhält!

Gegen Kriegskurs, Faschismus und Umweltkatastrophen – weltweit gemeinsam auf die Straßen für eine lebenswerte Zukunft!

Die aktuellen Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter werden am 1. Mai, dem Internationalen Kampftag, auf die Straße getragen. Bundesweit sind, meist von Gewerkschaften organisiert, kleinere bis größere Aktionen geplant.

Aktuell ist bei dieser komplizierten Weltlage der Weltfrieden in höchster Gefahr! Der erbitterte Konkurrenzkampf auf der Welt um jeden Zentimeter Einfluss, um Rohstoffe und Einflussgebiete steht an diesem 1. Mai im Mittelpunkt.

Dies trifft vor allem eine Masse an Menschen und geht mit der sozialen Frage, also mit den alltäglichen Sorgen und Problemen inmitten einer faschistischen Gefahr, zusammen: Verzichten und bluten

soll die Bevölkerung der Welt – nicht mit uns! Wir Frauen und Arbeiter/innen sind am 1. Mai für echte Gleichberechtigung aktiv, im engen Schulterschluss mit der Arbeiter- und Umweltbewegung!

Der Frauenverband Courage ruft auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen:

Für Frieden und Völkerfreundschaft – gegen Faschismus und Rassismus! Keinen Cent für neue Kriegsabenteuer! Keine Abwälzung von Kriegs- und Krisenlasten auf uns Frauen und Familien! Krieg ist die größte Umweltkatastrophe: Für den aktiven Schutz der natürlichen Umwelt – gegen die drohende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen!

Eins ist für Courage programmatisch: Im Kampf um die Befreiung der Frau in einer menschenwürdigen und gerechten Gesellschaft ohne „Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur“ fühlen wir uns der internationalen Arbeiterbewegung eng verbunden.“

Courage-Recklinghausen

Gegen die faschistische und frauenfeindliche Politik der AfD

Unter dem Motto „Frauen gegen Rechts“ machte am 14.2.25 der Frauenverband Courage Duisburg eine vielbeachtete Aktion auf dem Rheinhauser Markt.

In der aufgewühlten Stimmung einen Tag nach dem Attentat auf eine ver.di-Demonstration in München mit vielen Verletzten (jetzt 2 Toten!) sprach am Anfang Nina Dusper von ver.di (rechts im Bild) den Verletzten unser Mitgefühl und unsere Solidarität aus.

Dies wurde auch durch eine Tafel und Blumen zum Ausdruck gebracht. Ungefähr 50 Teilnehmer/innen waren durch die Verankerung der Courage-Gruppe und die gute Werbung im Stadtteil mobilisiert worden. Darüber hinaus wurden auch viele Passanten erreicht. Etwa 15 junge und ältere deutsch-stämmige Frauen und Migrantinnen trauten sich, am offenen Mikrofon zu sprechen, viele zum ersten Mal.

Eine kleine Auswahl: eine aus Afghanistan stammende Verkäuferin bedankte sich für die Solidarität und schilderte, was sie bei Abschiebung zu erwarten hat; sie wird eingesperrt. Ein zehnjähriger Schüler, der mit seiner Mutter gekommen war, begründete, warum es gut ist, mit Menschen aus vielen Ländern zusammen zu leben. Lediglich zwei Frauen zeigten starke Beeinflussung durch AfD-Propaganda.

Das Thema Migration stand naturgemäß im Mittelpunkt, aber auch die soziale Frage, die Kriegsgefahr und Trumps Faschismus wurden angesprochen. Gemeinsam – solidarisch – couragiert – in dem Sinne wurde die erfolgreiche Aktion beschlossen, mit dem Wunsch, in Kontakt zu bleiben.

Ingrid, Courage-Duisburg



„WIR SOLLTEN GELERNT HABEN, NICHT DAS, WAS UNS TRENNT, SONDERN DAS, WAS UNS EINT, IN DEN VORDERGRUND ZU STELLEN.“

*HANNA MELZER
1947*

MACH MIT!

Möchtest du Mitgliedsfrau werden ?

„Mitglied kann jede Frau sein, die das Programm und die Satzung des Verbandes anerkennt und unterstützt, ihren Beitritt schriftlich erklärt und regelmäßig Beitrag zahlt. Der Beitrag wird als Monatsgeldbeitrag erhoben.“

(Programm des Frauenverbands Courage)

Der Mindestbeitrag beträgt drei Euro.

Herzlich willkommen!

Gute Gründe, Mitglied in Courage zu werden



Frauen und Mädchen sind heute mehr denn je herausgefordert, ihre Stärke zu zeigen.

Es ist angesagt, unsere Frauenpower zu bündeln gegen einen Rollback bei erkämpften Frauenrechten, durch eine reaktionäre Wende in der Regierungspolitik. Es fehlen jetzt schon eine halbe Million Plätze in Kindertagesstätten. Das zu ändern geht nur organisiert!

Wie den Alltag meistern, Beruf und Kinderziehung unter einen Hut bekommen, wenn Kindertagesstätten oder offene Ganztagschulen bereits am Limit sind?

Bei einigen unseren migrantischen Freundinnen beißt sich die Katze in den Schwanz. Kein Kindergartenplatz erschwert es den Kindern, frühzeitig und leicht Deutsch zu lernen, ebenso den Müttern selbst an Deutsch-Kursen teilzunehmen. Keine ausreichenden Deutschkenntnisse – keine Chance auf Arbeit.

Viele Frauen sind so eingespannt, um den Alltag zu bewältigen, dass es für sie ein

Haupthindernis ist, sich in Courage zu organisieren. Doch auch hier beißt sich die Katze in den Schwanz, wenn wir Frauen uns nicht am gesellschaftlichen Leben beteiligen, wird sich auch an unserer Situation nichts ändern.

Wir müssen die ganz konkreten Alltagsfragen in unserer Arbeit mehr berücksichtigen. Auch das ist ein wichtiger Grund, sich in Courage zu organisieren, damit es eine gemeinsam zu lösende Aufgabe wird.

Noch ein wichtiges Argument brachte eine unserer Courage-Frauen vor kurzem. Es geht auch darum, nicht „nur“ politisch zu diskutieren und Programme aufzustellen.

Courage ist auch wichtig, um über den täglichen Alltags-Stress hinweg zu kommen, mit gemeinsamer Kultur, Freundschaften, mal „ausgelassen“ sein, einen Platz zum Wohlfühlen finden, oder mal was ganz Neues zu lernen – wie unsere Malwerkstatt zum Frauenpolitischen Ratschlag.

Dazu beizutragen, besondere Fähigkeiten einzubringen, sind alle eingeladen.

Courage-Gelsenkirchen

Warum Frauen



aller Nationalitäten in einen überparteilichen Frauenverband?

Eine ältere Frau, die inzwischen in einer Senioreneinrichtung lebt, meinte nach ihrer ersten Teilnahme an einem unserer Gruppentreffen: „Viele deutsche Frauen sind ja nicht bei Courage.“

Da war ich doch ein wenig erstaunt. Sie war früher Grundschullehrerin gewesen und den Umgang mit migrantischen Familien gewohnt. Doch im Seniorenzentrum sind hauptsächlich deutschstämmige Frauen und Männer.

Wir wurden uns schnell einig, dass die internationale Zusammensetzung unserer Gruppe eine Bereicherung für uns alle ist, auf die wir auch stolz sind.

Aus dem Iran, der Türkei, Kurdistan, Moldawien, Polen und aus Syrien kommen Frauen in der Courage-Gruppe und wir leben alle in Deutschland.

Uns vereinen unsere Interessen und Forderungen als Frauen und wir können und wollen in einem gemeinsamen Frauenverband dafür aktiv sein.

Die Erfahrungen und Erlebnisse unserer Frauen, die zum Beispiel vor Krieg und Unterdrückung geflüchtet sind und Schwierigkeiten haben, hier Arbeit zu finden, kommen oft noch zu kurz und wir wollen künftig mehr dafür tun, uns besser kennen und verstehen zu lernen.

In der Gruppe gab es zunächst Unstimmigkeiten, ob wir junge Frauen einer Moschee zu unserer Kundgebung am 8. März einladen sollen. Sie sind sehr offen und beteiligen sich an antifaschistischen Aktionen in Herne. Sie haben uns nun zum Fastenbrechen eingeladen und wir meinen:

Frauen aller Nationalitäten und von Religion bis Revolution schließen sich zusammen – auf antifaschistischer, demokratischer Grundlage!

Fotos: Brigitte Ziegler



Gemeinsam gegen Hetze auf Migrantinnen und Flüchtlinge

Soziale Netzwerke und Blogs sind zu einer Quelle der Verbreitung von Hassreden gegen Migranten und Flüchtlinge geworden.

Die Politik unternimmt nichts dagegen, im Gegenteil. Sie verschärft die Gesetze, setzt das Asylrecht außer Kraft.

Faschisten wie die AfD machen Migranten zum Sündenbock für soziale Probleme und gesellschaftliche Krisen und wollen sogar die „Remigration“, dass Migranten und ihre Helfer deportiert werden, weil sie Bedrohung oder Belastung seien.

Als ob Migrant/innen verantwortlich wären für fehlende Kita- oder Arbeitsplätze, teure Lebensmittel und Mieten.

Es gibt verschiedene Formen und öffentliche Aussagen von Politikern und Medien, die die Rechte von Flüchtlingen beschränken.

Das führt zu einem Zustand der Feindseligkeit unter den Menschen, wenn für alle sozialen und wirtschaftlichen Krisen Migranten verantwortlich gemacht werden.

Sie werden als potenzielle Bedrohung für die nationale Sicherheit und die interne

Stabilität dargestellt, was darauf hinausläuft, sie als „illegale Migranten“ zu verunglimpfen, ihre Freiheit einzuschränken oder sie abzuschieben – trotz der Gefahr, dass sie verhaftet, eingesperrt oder gar gefoltert werden.

Der Frauenverband Courage verurteilt terroristische Anschläge und andere Verbrechen. Doch der ständige Fokus der Medien auf Verbrechen durch Flüchtlinge soll Gefühle des Hasses auf Flüchtlinge schüren, als ob alle Geflüchteten kriminell wären. Das lenkt ab von den wirklichen Ursachen für die Krisen und Probleme hier im Land.

Wir Courage-Frauen verurteilen nachdrücklich rassistische Hetze gegen Migrant/innen und fordern, die Verbreiter von Hass und Feindseligkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Wir arbeiten daran, den Dialog zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung zu verbessern.

Dafür bauen wir Brücken, damit wir Frauen uns mit unseren kulturellen und sozialen Unterschieden kennenlernen, aber vor allem unsere Gemeinsamkeiten leben und uns zusammen in Courage für eine freie, bessere Zukunft engagieren!

Nesren Hanan aus Essen



Hass und Hetze?

Nicht mit uns Courage-Frauen!

Der 6. November 2024 wird eingehen in die Geschichte: Eine große Gefahr entsteht für die demokratischen Rechte und für die weltweite Frauenbewegung: Ein offener Faschist ist US-Präsident geworden.

Ein Mann, der jede Achtung für demokratische Grundwerte missen lässt und dessen Frauenfeindlichkeit nur schwer zu toppen ist!

Wir erleben einen bedrohlichen Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Parteien wie die AfD versuchen, uns in eine Zeit zurückzuwerfen, in der Frauen an den Herd gehörten, in der Homo- und Transsexualität als Krankheit galt und in dem Menschen

mit anderer Hautfarbe oder Herkunft als minderwertig angesehen wurden. Wir Courage-Frauen sagen: Nein! Nicht mit uns! Wir werden nicht zulassen, dass Hass und Hetze unsere Gesellschaft vergiften!

In vielen Städten fanden umgehend Demonstrationen gegen den Rechtsruck und gegen Merz, seine Union und Lindner und seine FDP statt. Neben örtlichen Bündnissen und den „Omas/Opas gegen rechts“ waren auch Courage-Frauen aktiv und sichtbar, um gegen die faschistische AfD in ganz Deutschland zu protestieren.

Auf Schildern und in Redebeiträgen forderte Courage ein Verbot der AfD. Und das hält an! Diese Schilder halten wir hoch! (v. d. Redaktion gekürzt)

Rita, Courage-Recklinghausen

Argentinien: Regierung will Frauenmord aus Gesetzbuch streichen

Femizide oder Frauenmorde gelten als schlimmste Form patriarchaler Gewalt: Tötungsdelikte, die aufgrund des Geschlechts begangen werden.

Gleichzeitig betont der Femizid-Begriff (seit 2012 im argentinischen Recht verankert) die sys-

tematische Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft.

Die argentinische Regierung, Präsident Milei, verfolgt seit Amtsantritt 2023 eine antifeministische Politik und will den Begriff Femizid aus dem argentinischen Strafgesetzbuch streichen.

Noch weitere Gesetze sollen abgeschafft werden, die die

Rechte und den Schutz von Frauen und Minderheiten gewährleisten – oder, wie es Beamte der Regierung Milei ausdrücken, eine „positive Diskriminierung“ darstellen. Für Mileis Justizminister Libarona sei der Begriff des Femizids „eine Verzerrung des Gleichheitsgebots“. (t-online.de 29.1.25)

Zwischen Wüstenstaub und Hoffnung

Besuch in den Flüchtlingscamps der West-Saharauis in Südalgerien



Kulturparade zum 50. Geburtstag der Frauenorganisation UNMS
Foto: Brigitte Ziegler



Von der UNMS eingeladene Delegationen
Foto: Brigitte Ziegler

Am 3. Dezember 2024 landen wir in Tindouf, Südalgerien. Wir treffen Delegationen, die wie wir der Einladung der Frauenorganisation UNMS (Nationalen Union der Frauen der Sahara) gefolgt sind, ihren 50. Geburtstag zu feiern.

170.000 Menschen leben auf algerischem Boden in Flüchtlingslagern. In 5 Siedlungen organisieren sie sich selbst, vieles ist von Frauen aufgebaut: Gesundheits- und Bildungswesen, Häuser.

Wir werden herzlich empfangen und mit Begleitung der Polizei zu einer Familie gebracht, deren Leben wir in den nächsten Tagen teilen, deren überwältigende Gastfreundschaft wir genießen. Wir schlafen wie sie. Wir sparen wie sie Wasser. Wir genießen gemeinsam Teezeremonien. Spielen mit den Kindern. Die Frauen bekochen uns mit Köstlichkeiten. Wir erfahren von ihrem harten Leben, ihren Visionen.

Im Museum des Widerstandes erfahren wir Näheres über den 50-jährigen Kampf gegen die marokkanische Besatzung des Landes. Die zweitlängste und bestgesichertste Mauer der Welt ist nachgebildet, total vermint, unüberwindlich „dank“ westlicher Technologien.

Die nächsten Tage gehören den Feierlichkeiten. Eine kulturreiche Parade über die Geschichte der UNMS, dargestellt von unterschiedlichen Frauengruppen.

Sichtbar wird, dass sie in ihrem Kampf international Basis-Verbündete haben. Sie haben mächtige Gegner: so unterstützt die EU Marokko als Besatzer. Große Konzerne beuten Phosphatvorkommen aus, reichhaltige Fischgründe werden leergefischt. Auch deutsche Konzerne wie Siemens sind beteiligt. Wir versprechen, überall zu berichten.

Unser Input: kein Kampf darf alleine bleiben, es gilt, sich weltweit zusammenzuschließen. Zustimmung auch bei den anderen Delegationen.

Der Solidaritätspakt zur Unterstützung zwischen Courage und der UNMS ist entwickelt worden. Über Solidarität International werden Spenden für ein Begegnungshaus für Frauen gesammelt. Dazu ein kurzer Film – siehe Homepage.

Courage-München

Frauenpower geht um die Welt...

für die Befreiung der Frau und eine Zukunft in Frieden!

Frauen in den USA, die selbst entscheiden wollen über Schwangerschaft und gegen Verschärfungen und Verbot des Schwangerschaftsabbruchs lautstark protestieren. Ihr selbstbewusster Women's March, aktuell auch gegen Trump, ist ermutigend für Frauen in vielen anderen Ländern.

Frauen aus Kurdistan und Palästina, die trotz Vertreibung, Bombardierung und unmenschlichen Zuständen ihren mutigen Freiheitskampf nicht aufgeben und weiterkämpfen für ihr Recht auf Leben und Selbstbestimmung im eigenen Land. Ihr Kampfgeist erhält weltweite Solidarität!

Bergarbeiterinnen im Kongo, die gezwungen sind, mit ihren Kindern unter gefährlichen ungeschützten Bedingungen Kobalt abzubauen oder Gold zu schürfen. Sie kämpfen für nötigen Arbeitsschutz, organisieren sich und stellen in mit Spenden aufgebauten Nähwerkstätten Schutzkleidung her.

Arbeiterfrauen in Deutschland, die gegen Ausbeutung, Massenentlassungen und Lohnabbau in den Betrieben kämpfen, sich stark machen für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in Kitas und Kliniken. Bei Massenprotesten gegen faschistische Gefahr oder Spaltung aktiv dabei!

Reinigungskräfte in Spanien, die Hotels zu Billiglöhnen und in familienfeindlicher Schichtarbeit reinigen müssen und deshalb Reinigungsdienste verweigern und für bessere Arbeitsbedingungen streiken. Auch Entlassungsdrohungen der Hotelbesitzer können sie nicht vom Streik abhalten!

Soldatenfrauen und Mütter in Russland und Ukraine, die trotz Kriegrecht und drohenden Gefängnisstrafen sich immer wieder öffentlich versammeln und fordern, dass die Regierung ihre Männer und Söhne aus dem Krieg zurückschicken soll. Sie und ihre Familien wollen in Frieden leben!

Lehrerinnen und Mütter in Afghanistan, die verbotenerweise und unter Lebensgefahr Mädchen ab 13 J. heimlich unterrichten, sie über Rechte und politische Hintergründe aufklären und bestärken, Zukunftskämpferinnen gegen faschistische Taliban und für ihre Befreiung zu werden.

Frauen im Iran, die gegen die Ermordung der 22-jährigen Amini durch die Sippenpolizei des iranischen Regimes und für ihre Freiheit trotz brutaler Repression massenhaft auf die Straße gehen mit ihrem Ruf, der heute um die Welt geht: "Jin-Jiyan-Azadi" (Frauen-Leben-Freiheit)!

Linda Weißgerber



Foto: Maria Meyer

**HÖMMA, JEDE KANN
FRAUENMINISTERIN
WERDEN! GLAUBSE NICH?**

Nee Sie. Endlich is dat Theater mitte Wahlen vorbei.

Un dann reden se groß, de CDU hätte gewonnen. Nix is da gewonnen, wennse nur 28 Prozent gekricht haben. Dat is eben denen ihre Demokratie. Un dann geht dat sofort widda los mit dat Geschacher - wer wird Kanzler, wer wird Ministerin.

Eigentlich steht ja wat ganz anderet innet Grundgesetz: „Alle Staatsmacht geht von dat deutsche Volk aus!“

Ja wenn dat so is, hab ich zu mir gesacht: Lily, da kannse doch ma als Frau aus dat Volk n bisken anne Staatsmacht teilhaben. Kanns ja nich immer nur motzen, musse schoma selbs Hand anlegen. Un da hab ich zu mein Charly gesacht: Hömma Charly, wat hälse davon, wenn deine Lily getz innet Ministerigum vonne Frauen mitarbeiten täte un Ministerin würde?

Un wissen Se, wat mein Charly sacht: Lily, du has doch gar keine stöckeligen Schuhe und dat kleine Schwarze passt dir auch nich mehr.

Nee Sie, als ob dat dat Wichtigste wär. Ich will mich doch getz ers ma innet Ministerigum bewerben, als Ministerin für Frauen und Familie. Glauben Se nich oder warum gucken Se so misstrauisch? Meinen Se, dat könnten nur Studierende oder solche, die schon innen Bundestag drin sitzen? Nee Sie, da will ich Sie abba ma aufklären.

Dat is nämlich so: Minister kann jeder, auch ohne Sitz innet Parlament kannse Minister werden - wie schon de Innenministerin Faeser oder Verteidigungsminister Pistorius, kannse in echt lesen in t-online am 20.2.25. De einzige Bedingung für Minister werden is:

Se müssen de deutsche Staatsangehörigkeit haben - un die hab ich ja.

Se müssen mindestens 18 Jahre alt sein - un dat bin ich ja, sogar n bisken älter.

Se müssen auf den grundgesetzlichen Boden stehen - tu ich zwa nich imma, abba egal.

Dafür hab ich ja andere weibliche Spezifitäten: Hab jahrelang inne Fabrik gearbeitet, mitte Kolleginnen für anständige Bezahlung gewerkelt. Kümmer mich jahrzehntelang innen Frauenverband Courage umme Frauenrechte. Un bin oft umme Welt gefahren zu Frauen in anderen Ländern. Wat de da allet erleben kanns. Dat is doch de beste Voraussetzung für ne Frauen-Ministerin. Oder nich?

Als Ministerin würd ich ers ma dafür sorgen, dat Männer und Frauen dat gleiche Geld kriegen. Dat et genuch Kita-Plätzkes gibt. Dat Frauen selbs über de Schwangerschaft bestimmen un nich inne kriminelle Ecke gestellt werden. Un dat Schluss is mitte lebensgefährliche Verdreckung vonne Umwelt.

Nee Sie, dat is wohl n Faß ohne Ende. Eigentlich müsstes de hier allet umkrempeln, dat nich mehr de großen Haie über allet bestimmen. Dat wär doch wat, wenn ne friedliche Zukunft un dat Wohl der Fräukes un Familien an Platz Eins stehen würde, un wenn faschistische Parteien nich mehr existieren dürften. Stimmt et nich?

Abba kommen Se doch ma zu Courage un sagen Se uns, wat Se sich für de Zukunft wünschen un wat sich hier innet Land ändern müsste. Se müssen ja nich gleich Ministerin werden, abba in Courage is für jede Frau wat dabei!

Tschökes, euer Lily aus Wuppertal

LEBENSWEISHEITEN



„Ich interessiere mich sehr für die Zukunft, denn mit ihr werde ich den Rest meines Lebens verbringen.“

Milva, Sängerin aus Italien

„Der Arbeiter arbeitet. Der Dichter dichtet. Der Chef scheffelt.“

Volksmund

„Aus der Hölle der Armen ist das Paradies der Reichen gemacht.“

Victor Hugo

„Der Mensch erfand die Atombombe. Doch keine Maus der Welt würde eine Mausefalle konstruieren.“

Albert Einstein



Frieden
und Freiheit

Zukunft
der Kinder

Befreiung
der Frau

Erhalt von
Mutter Erde

Frauen verbinden Welten - kämpfen international

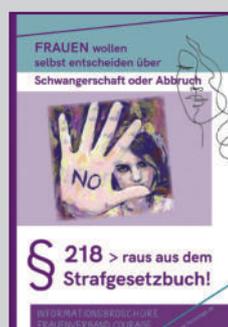
Kleiner Tipp

Neues Transparent aus Wuppertal

Größe 2m breit, 1 m hoch - 6 cm Saum rechts und links (für Transparentstangen)
gute Stoffqualität - wetter- und waschfest - Kosten 38 Euro
Bestellmöglichkeit bei: wirmachendruck.de - Lieferzeit 3-4 Tage
Druckdatei erhältlich: courage-wuppertal@t-online.de

Material von Courage

Courage-Werbeflyer „Mach mit!“
Programm und Satzung



Courage-Fahne groß/klein	10/8 €
Courage-Liederbuch	5 €
Informationsbroschüre: „§218 - raus aus dem Strafgesetzbuch!“	2 €
Dokumentation: Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ auf die Anklagebank	
Dokumentation „30 Jahre Courage - ein Frauenverband mit Perspektive“	5 €

So erreichen Sie uns

Bundesgeschäftsstelle

Holsteiner Straße 28, 42107 Wuppertal
0202 - 4969749
frauenverband-courage@t-online.de
www.fvcourage.de

Finanzielle Unabhängigkeit ist Trumpf!
Viele kleine Spenden, von vielen kleinen Leuten,
aus vielen kleinen Orten - davon lebt Courage!
Wir freuen uns über jede Spende!

Spendenkonto/Bankverbindung

Empfängerin Frauenverband Courage e.V.
IBAN DE41 3305 0000 0000 497537
Swift WUPSDE33XXX
Stadtsparkasse Wuppertal

Courage-Gruppen

Balingen, Bamberg, Berlin, Bochum, Dortmund,
Duisburg, Düsseldorf, Essen, Esslingen, Frankfurt,
Freiburg, Gelsenkirchen, Göppingen, Hagen,
Hamburg, Hannover, Heilbronn, Herne, Karlsruhe,
Kassel, Köln, Leipzig, Leverkusen, Lübeck,
Ludwigsburg, Magdeburg, Mülheim, München,
Nürnberg, Recklinghausen, Rheinfelden,
Saarbrücken, Sindelfingen, Stuttgart, Tübingen,
Waiblingen, Witten, Wuppertal

Kontaktadressen → www.fvcourage.de

Courage-Zentrum

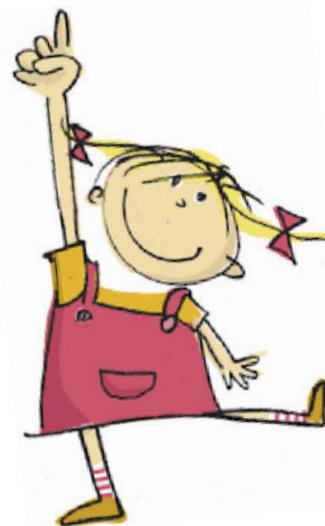
→ **Wuppertal**, Holsteiner Str. 28 / 0202-306788

IMPRESSUM

Diese Zeitschrift wird herausgegeben vom
Frauenverband Courage e.V.
Holsteiner Str. 28, 42107 Wuppertal
E-Mail frauenverband-courage@t-online.de

Redaktion/Layout

Linda Weißgerber, Brigitte Ziegler
V.i.S.d.P. Bundesvorstand Courage



Hier kannst Du Mitgliedsfrau und Förderin werden

- Ja, ich möchte Mitgliedsfrau werden und erkenne Programm und Satzung an.
- Ich zahle den Mindestbeitrag von 3 Euro monatlich.
- Ich zahle den freiwilligen Förderbeitrag von Euro monatlich.
- Ich unterstütze Courage finanziell mit einer Dauerspende von Euro.
- Ich abonniere die Courage-Zeitung.
(4 Nummern jährlich 6 Euro plus Porto)

- Ich überweise den Beitrag/Spende.

Name

Straße

Ort

Bitte an die Bundesgeschäftsstelle senden!

SCHUTZ DER NATÜRLICHEN
LEBENSGRUNDLAGEN

ZUKUNFT IN
FRIEDEN UND
FREIHEIT

VERBOT ALLER
FASCHISTISCHEN
ORGANISATIONEN

COURAGE STÄRKEN

BEFREIUNG
DER FRAU



Gehe nicht zurück,
und wenn, dann nur,
um Anlauf zu nehmen!